

Sécretariat d'Etat aux migrations
Par email, à l'att. de M. et Mme
Bernhard.Fuerer@sem.admin.ch
Carola.Haller@sem.admin.ch

Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Neuchâtel, 18.05.2015

Consultation concernant les modifications de la Loi fédérale sur les étrangers : 1. Mise en oeuvre de l'art. 121a Cst. ; 2. Adaptation du projet de modification de la loi fédérale sur les étrangers (intégration)

Madame, Monsieur,

Le Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population de l'Université de Neuchâtel (SFM) vous remercie de votre invitation à s'exprimer dans le cadre de la procédure de consultation sur la modification de la Loi sur les étrangers.

Le SFM ne prend pas de positions politiques spécifiques, mais s'exprime sur la base de connaissances scientifiques issues, entre autres, de diverses études menées au sein de l'institut ou par d'autres organismes et chercheurs. Les arguments qui suivent ont fait l'objet d'une discussion approfondie à laquelle ont participé les personnes suivantes : Gianni D'Amato, Denise Efionayi-Mäder, Rosita Fibbi et Florian Tissot du SFM, ainsi que Stefanie Kurt et Eva Zschirnt (UniNE), Annique Lombard (UniNE) et Laure Sandoz (UniBS) du *NCCR-On-the-move*. Le texte porte moins sur des articles de loi précis que sur la mise en perspective du mandat et de ses implications, notamment dans le rapport explicatif. Les arguments avancés se basent, dans la mesure du possible, sur des données empiriques issues d'études scientifiques ou d'expertises juridiques. Sur cette base, le SFM salue tout particulièrement les mesures proposées permettant de lever des obstacles d'accès au marché du travail pour les admis provisoires qui exercent une activité lucrative, car elles contribuent à mettre en valeur le potentiel de la main-d'œuvre résidante et à favoriser l'intégration des personnes en question.

Pour commencer, notre réponse aborde une dimension peu thématifiée lors des débats qui ont suivi la votation au sujet de la mise en oeuvre de l'article 121 a de la Constitution (1.1). Nous évoquerons ensuite, d'une part, les questions juridiques soulevées par le contingentement pour les personnes qui obtiennent une protection en Suisse au titre de l'asile ou de

l'admission provisoire (1.2) et, d'autre part, les conséquences prévisibles pour les universités. Le projet d'adaptation de la loi fédérale sur les étrangers (intégration) fera l'objet du deuxième point, en commençant par l'amélioration, déjà mentionnée, de l'accès au marché du travail dans le domaine de l'asile (2.1). Enfin, seront abordés les restrictions proposées concernant le regroupement familial et les droits liés à l'établissement (2.2). A l'exception de la section 2.2 (en français), le texte est rédigé en allemand.

1 Umsetzung von Art. 121a BV

1.1 Allgemeine Bemerkungen

Es ist unbestritten, dass Art. 121a vom Souverän angenommen wurde, um eine Beschränkung der ausländischen Zuwanderung zu erwirken. Ebenso klar ist, dass sich eine wortgetreue Umsetzung des Artikels als mit früheren Volksentscheiden (über das Freizügigkeitsabkommen und die bilateralen Verträge) unvereinbar erweisen dürfte. Dieser Widerspruch muss in seiner ganzen Tragweite, das heisst mit Vor- und Nachteilen für die Bevölkerung debattiert werden. Es geht insbesondere auch um die freie Mobilität für Schweizerinnen und Schweizer in die EU. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass die anstehenden Umsetzungsentscheide – über eine migrationspolitische Weichenstellung hinaus – weitreichende Implikationen für die politische, völkerrechtliche, wirtschaftliche und demografische Lageentwicklung der Schweiz in Europa (EU und EWR) haben werden.¹

Gerade der demografische Aspekt wird unter Einfluss eines migrationskritisch geprägten Agenda-Settings einseitig beurteilt, als wäre eine hohe Nettomigration ausschliesslich nachteilig für die Schweiz. Kaum zur Sprache kommt auch im erläuternden Bericht² ausserdem, dass bei einer massiven Senkung der Zuwanderung auf eine demografische Dynamik verzichtet würde, die – anders als in anderen europäischen Staaten – in der Schweiz gegenwärtig geradezu optimal ist. Bis etwa 2040 werden nämlich die ehemaligen Babyboomkinder den Arbeitsmarkt verlassen, um in Pension zu gehen. Folge einer starken Drosselung des Bevölkerungswachstums in dieser Zeitspanne wäre eine Schrumpfung des Erwerbstätigenanteils, eine beschleunigte Bevölkerungsalterung³ und massive Rentenknappeit mit absehbaren ökonomischen und sozialen Folgeerscheinungen. Höchstwahrscheinlich würden wachsende regionale Entwicklungsdiskrepanzen (Abwanderung aus Randregionen und Bevölkerungskonzentration in Agglomerationen) hinzukommen, wie sie in Frankreich, Deutschland und Italien bereits beobachtet werden. Solche Nachteile machen etwa die Studien von Philippe Wanner (2014) anhand sachlich dargestellter Entwicklungsszenarien gut nachvollziehbar ohne Herausforderungen auszublenden. Wäh-

¹ Der vorgeschlagene Gesetzesentwurf sieht derzeit eine Ausnahmeregelung für EU/EFTA Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen sowie für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmende von Unternehmen vor, die in den EU/EFTA Staaten ihren (Wohn)Sitz haben. Die geplanten Gesetzesänderungen sind nur insofern anwendbar, als das Freizügigkeitsabkommen keine abweichenden Bestimmungen oder das vorgeschlagene Gesetz keine günstigeren Bestimmungen vorsieht (vgl. dazu Art. 2 Abs. 2 E-AuG, Steuerung der Zuwanderung).

² Mittel- und längerfristige demografische Entwicklungen werden zwar nebenbei – meist nur in Zusammenhang mit wirtschaftlichen Entwicklungen – erwähnt, aber Vor- und Nachteile nicht konkretisiert.

³ Dank der langen Lebenserwartung in der Schweiz, die weltweit nur von Japan und Singapur übertroffen wird, ist die demografische Alterung ausgeprägt und wurde aber bisher dank des Migrationsüberschusses direkt (Einwanderung) und indirekt (Geburten) gebremst.

rend regelmässig Schreckensbilder der Bevölkerungszunahme – schweizerisches Hong-Kong – in die Debatte geworfen werden, sind solche absehbaren Negativentwicklungen viel seltener ein Thema. Das mag an mangelndem Bewusstsein über die demografischen Entwicklung liegen; es gilt jedoch die absehbaren Folgen unterschiedlicher Szenarien zu berücksichtigen, um mögliche langfristige Auswirkungen der Migration zu erkennen (Wanner 2013).

1.2 Höchstzahlen und Kontingente im Asylbereich (Art. 121a BV)

Die Vorschläge des Bundesrates zur Umsetzung von Art. 121a BV (Steuerung der Zuwanderung) im Ausländergesetz bergen einige rechtliche Spannungsfelder in sich. So sieht der Bundesrat unter anderem Höchstzahlen und Kontingente im Asylbereich vor. Dies ist aus rechtlichen Gesichtspunkten ausdrücklich abzulehnen, da diese Änderungen nicht mit dem internationalen Flüchtlingsrecht vereinbar sind. Der Vorschlag sieht Höchstzahlen für die vorläufige Aufnahme und die ausländerrechtliche Aufenthaltsbewilligung vor, die länger als ein Jahr in der Schweiz bleiben.

Anerkannte Flüchtlinge, die in der Schweiz Asyl erhalten, fallen unter die Höchstzahlen der ausländerrechtlichen Bewilligungen. Sobald diese Kontingente ausgeschöpft sind, wird unklar, welchen Aufenthaltsstatus die anerkannten Flüchtlingen erhalten werden: Dies versetzt die betreffenden Personen somit in einen rechtlich unregelmässigen Wartestatus aufgrund der ausgeschöpften jährlichen Kontingente. Zudem stellt sich die Frage, wie sich der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Möglichkeit der Wohnsitznahme und der Inanspruchnahme von Integrationsprogrammen ausgestalten wird. Die Erteilung einer vorläufigen Aufnahme als Ersatzmassnahme ist aus rechtlichen Gründen in diesen Fällen nicht möglich, da anerkannte Flüchtlinge einen positiven Asylentscheid bzw. Asyl erhalten (während die Erteilung einer vorläufigen Aufnahme erst infolge eines negativen Asylentscheids erfolgt).

Die vorläufige Aufnahme ist für Personen mit einem negativen Asylentscheid vorgesehen, deren Wegweisung aus Gründen der Unzulässigkeit, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit ausgeschlossen ist. Es stellt sich berechtigterweise die Frage, was mit diesen Personen geschieht, sofern die Höchstzahlen der vorläufigen Aufnahme ausgeschöpft sind. Dieser Problematik nimmt sich aber der vorliegende Gesetzentwurf nicht an; vielmehr lässt er offen, wie in solchen Fällen zu handeln ist.

Insgesamt zeigt sich, dass die Einführung von Höchstzahlen und Kontingenten aus rechtlicher Sicht abzulehnen ist und die Umsetzung nicht ohne Abstriche und Prekarisierung des Aufenthalts der betroffenen Personen umgesetzt werden kann. Somit würden etwa geplante Verbesserungen betreffend der Erwerbsintegration von vorläufig Aufgenommenen (siehe Sektion 2 unten) wieder zunichte gemacht.

Aus rechtsstaatlicher Sicht ist nochmals auf die unklare Situation für die betroffenen Personen bei der Ausschöpfung der vorgesehenen Höchstzahlen hinzuweisen. Zudem bedingt eine völkerrechtskonforme Umsetzung, dass die Höchstzahlen und Kontingente sehr hoch angesetzt werden müssen, was das geforderte Steuerungsinstrument obsolet machen würde. Gleichzeitig führt die derzeitige Ausgestaltung zu prekären Aufenthaltssituationen und insbesondere zu einer Erhöhung von Personen ohne regulären Aufenthaltsstatus. Im Übrigen widerspricht eine Kontingentierung im Flüchtlingsbereich auch den Verpflichtungen aus der Dublin-III-Verordnung.

1.3 Bedeutung des Art. 121a für Schweizer Universitäten

Die Schweizer Universitäten, insbesondere die polytechnischen Institute, geniessen zurzeit ein sehr gutes Ansehen im Ausland. Im weltweiten Universitätsranking ist die ETHZ auf Platz 13 eingestuft, auf Platz 34 folgt die EPFL.⁴ Die geplante Umsetzung des Artikels 121a BV würde der Wettbewerbsfähigkeit schaden und die Bedingungen bei der Rekrutierung von internationalen Talenten verschlechtern.

Die Folgen vom 9. Februar 2014 – die Rückstufung der Schweizer Teilnahme am Forschungsprogramme Horizon2020 und die Suspendierung der Beteiligung der Schweiz an Erasmus+ – sorgen für Unsicherheit. Mit der Unterzeichnung des Abkommens zu Horizon2020 und den Übergangslösungen für Erasmus+ ist die Teilnahme an den EU-Programmen nur bis Ende 2016 gesichert. Was danach folgt, ist abhängig von politischen Entwicklungen und Verhandlungen. Dies beeinträchtigt die Attraktivität der Schweiz als Studien-, Forschungs- und Innovationsstätte und hat eine stark negative Signalwirkung.

Studierende mit Erwerbstätigkeit, wie bei PhD- und PostDoc-Stellen, werden gemäss dem erläuternden Bericht kontingentiert. Schweizweit sind rund 50% der Doktorierenden, z.T. mit Lehrtätigkeit, ausländischer Nationalität⁵ und stellen einen wichtigen Bestandteil für die Lehre und Forschung sowie die internationale Vernetzung der Universitäten dar. Dasselbe gilt für Ausländer, die für Studienzwecke für über ein Jahr ohne Erwerbstätigkeit in die Schweiz kommen. Diese fallen ebenfalls in die Kategorie, für die kantonale Kontingente und Reserven beim Bund geschaffen werden sollen.

Die akademische Mobilität hat für Universitäten einen hohen Stellenwert und hat stark von der Personenfreizügigkeit profitieren können. Im Falle einer Kontingentierung laufen die Universitäten Gefahr bei der Priorisierung der Vergabe von limitierten Kontingenten gegenüber den Bereichen der Wirtschaft und des Asyls und in den Hintergrund zu treten.

Der zukünftige Rektor der Universität Genf äussert die Befürchtung, dass die Schweiz mit der Einführung von Kontingenten riskiert, den Anforderungen für die Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen nicht mehr gerecht zu werden, wodurch die Beteiligung ab 2016 stark gefährdet ist⁶. Für den ETH-Rat ist die volle Assoziierung an Horizon2020 ein zentrales Anliegen, nur so können die Schweizer Forschenden gesamteuropäische Projekte uneingeschränkt koordinieren und von EU-Fördermitteln profitieren.⁷ Für Schweizer Universitäten, insbesondere für die Vorreiter ETHZ und EPFL, würde die Kontingentierung für die internationale Zusammenarbeit, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie für die Rekrutierung von hochspezialisierten und bestqualifizierten Fachkräften schwerwiegende Konsequenzen haben.

⁴ Platzierung der Schweizer Universitäten innerhalb der besten 200 Universitäten:

UniBS (75), UniZH (103), UniGE (107), UniBE (132) und UniL (136). Times higher education worldwide rankings 2014/15 (www.timeshighereducation.co.uk)

⁵ Bundesamt für Statistik BFS (2014) Publikation «Bildungsabschlüsse»

⁶ Interview mit Yves Flückiger: «Appliquée strictement, l'initiative UDC sur l'immigration pénalisera les universités» (Le Temps vom 30.3.2015)

⁷ Medienmitteilung «Rekordwerte trotz schwierigem Umfeld» (Newsadmin vom 4.5.2015)

2 Anpassung der Gesetzesvorlage zur Änderung des Ausländergesetzes (Integration)

2.1 Erleichterung der Erwerbstätigkeit von Personen im Asylbereich

Der Abbau von administrativen Hürden für Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen beim Zugang zur Erwerbstätigkeit von Personen aus dem Asylbereich ist eine sinnvolle und zielführende Massnahme. Gemäss Erkenntnissen aus verschiedenen Studien (siehe unten) sehen insbesondere kleinere und mittelgrosse Unternehmen die Auflagen für die Einstellung von Personen mit vorläufiger Aufnahme als Herausforderung mit grossem administrativem Aufwand. Dies wirkt sich auf die Einstellungsbereitschaft eindeutig negativ aus; ferner verlängern diese Auflagen i.d.R. die Bewilligungsdauer. Insbesondere die im Tieflohnbereich tätigen Personen, für die es oft es darum geht, eine Stelle ohne Verzögerung anzutreten, sehen sich bisher gegenüber Bewerbenden aus einem EU-Land, deren Stellenantritt einem einfachen Meldeverfahren unterstellt ist, stark benachteiligt (Efionayi-Mäder et al. 2009; Spadarotto et al. 2014). Dies wird dank der geplanten Änderung nicht mehr der Fall sein.

Auch die Möglichkeit für vorläufig Aufgenommene, einer Erwerbstätigkeit in der ganzen Schweiz nachgehen zu können, ist in diesem Zusammenhang eminent wichtig. Es versteht sich von selbst und ist durch die erwähnten Studien ebenfalls mehrfach belegt, dass der Berufstätigkeit dieser Personen gerade in kleineren Kantonen entsprechend enge Grenzen gesetzt sind. Allerdings ist es in diesem Zusammenhang auch wichtig, dass eine Möglichkeit besteht, den Wohnort zu wechseln zu können, wenn es darum geht, die Erwerbsbeteiligung der vorläufig Aufgenommenen zu verbessern.

Abschliessend ist zu betonen, dass ein ganz wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Erwerbsintegration von vorläufig Aufgenommenen durch eine Änderung der Bezeichnung der F-Bewilligung (vorläufige Aufnahme) erreicht werden könnte. Praktisch ausnahmslos alle vertiefenden Untersuchungen zeigen, dass dieser Begriff – trotz verbesserter Information auf dem Arbeitsmarkt – stigmatisierend und missverständlich ist, so dass gewisse Arbeitgebende sogar der Ansicht sind, dass Asylsuchende (mit N-Bewilligungen) Personen mit F-Bewilligungen vorzuziehen sind, da diese *nur* über eine „vorläufige“ „Ersatzmassnahme“ für bereits abgewiesene Asylsuchende verfügen (Efionayi-Mäder und Ruedin 2014; Kalbermatter 2012; Ruedin und Efionayi-Mäder 2014; Spadarotto et al. 2014; UNHCR 2014). Dies verschleiert aber die Tatsache, dass diesen Personen Schutz gewährt wurde, und dass die meisten von ihnen dauerhaft in der Schweiz leben, wie auch der erläuternde Bericht ausführt.

2.2 Révision des normes avec un impact sur le processus d'intégration

Regroupement familial

Le Conseil fédéral propose une restriction du regroupement familial en contradiction avec le principe affirmé précédemment considérant le regroupement familial comme un facteur très important dans le parcours d'intégration des migrants. Il soutient l'initiative parlementaire du 23 septembre 2010, déposée par le conseiller national Philipp Müller. Cette initiative demande que les exigences posées aux titulaires d'une autorisation d'établissement (permis C) souhaitant bénéficier du regroupement familial soient alignées sur celles posées aux titulaires d'une autorisation de séjour (permis B), notamment la disponibilité d'un logement convenable et de moyens suffisants évitant le recours à l'aide

sociale (art. 43, al. 1 lettre c). L'exigence relative au logement est problématique étant donné les différences importantes entre cantons dans la mise en œuvre de cette disposition (Dubacher & Reusser 2012 ; Wichmann et al. 2011, Achermann 2004). En outre, le Conseil fédéral intègre dans son texte le principe de la révocation à tout moment de l'autorisation d'établissement d'une personne dépendant durablement de l'aide sociale, même après un séjour ininterrompu de 15 ans⁸, comme demande l'initiative parlementaire du 22 septembre 2008 de Philipp Müller.

De plus, le regroupement familial ne sera pas autorisé pour les personnes bénéficiaires de prestations complémentaires⁹. Il convient de rappeler que ces prestations ont été instituées pour palier à l'insuffisance des rentes à couvrir les besoins vitaux. En d'autres termes, cette norme empêche le regroupement familial de personnes, affaiblies par la maladie ou l'âge et de ce fait susceptibles de chercher soutien dans leur réseau familial, et ce en dépit de leur résidence de longue durée et de leur contribution au système des assurances sociales. Finalement, le regroupement familial est soumis à des exigences sur le plan des connaissances linguistiques (suivre un cours de langue)¹⁰.

Rétrogression et fragilisation des parcours d'intégration

Les normes proposées concernant le regroupement familial et l'aide sociale concourent à fragiliser le statut des personnes établies au point d'estomper la distinction entre permis B et C : le permis d'établissement peut être révoqué et remplacé par un permis de séjour¹¹ (art. 63 al.3 ...). Le modèle du parcours est vidé de son sens. En effet, le franchissement d'une étape dans le parcours d'insertion ne donne pas lieu à un acquis car celui-ci peut être retiré : la personne étrangère est soumise à des examens continus portant tant sur le plan socio-culturel (connaissances de la langue, respect de l'ordre social, familiarité avec les us et coutumes suisses) qu'économique (volonté de participer à la vie économique et participation effective).

Cette fragilisation remet en cause la conception de l'intégration des migrants – sous-jacente à la politique d'intégration adoptée par la Suisse dans les années 2000 – comme un parcours progressif où la familiarité acquise au fil du temps avec la réalité suisse est reconnue par l'octroi de statut de plus en plus consolidé. Elle ne tient ainsi pas compte des résultats de la recherche scientifique qui soulignent que l'issue des processus d'intégration n'est pas uniquement déterminée par la 'qualité' des migrants lors de leur recrutement ainsi que de leurs efforts d'insertion, mais aussi comme étant largement le produit de

⁹ Art. 13 al. 1 lettre d : ils ne perçoivent pas de prestations complémentaires annuelles au sens de la loi fédérale du 6 octobre 2006 sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI. Or, « Les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI sont accordées lorsque les rentes et autres revenus ne couvrent pas les besoins vitaux. Avec l'AVS et l'AI, les prestations complémentaires (PC) constituent un fondement majeur de notre Etat social ». <https://www.ahv-iv.ch/p/5.01.f>

En proposant de considérer les PC comme de l'aide sociale, le Conseil fédéral rétablit l'égalité de traitement mise à mal par le Tribunal fédéral qui, dans sa décision du 20 février 2008 (2C_448/2007) avait assimilé les PC à un salaire pour les bénéficiaires exerçant une activité lucrative mais non pas pour ceux qui n'en avaient pas.

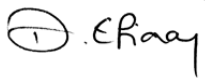
¹⁰ Art. 41 al. 1 N-LEtr, Adaptation du projet de modification de la loi fédérale sur les étrangers (Intégration), dans la version du Conseil des Etats du 11 décembre 2013, Février 2015.

¹¹ Art. 63 al. 3 N-LEtr en lien avec Art. 58a, Adaptation du projet de modification de la loi fédérale sur les étrangers (Intégration), dans la version du Conseil des Etats du 11 décembre 2013, Février 2015.

l'interaction entre les migrants et les opportunités offertes (ou refusées) par la société d'accueil (Alba und Nee 1997, 2009; Crul et al. 2012).

Loin d'être exhaustive, cette prise de position se limite délibérément aux modifications proposées qui nous paraissent particulièrement problématiques – ou, au contraire, avantageuses – sur la base de nos connaissances de recherche et du point de vue du droit.

Nous vous remercions par avance de bien vouloir en prendre note et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments très distingués.



Denise Efonayi-Mäder
directrice adjointe

Literaturhinweise

- Achermann, Alberto, Hg. (2004). Die „angemessene Wohnung“ als Voraussetzung für den Familiennachzug, Materialien zur Integrationspolitik, Bern, Eidgenössische Ausländerkommission.
- Alba, Richard und Victor Nee (1997). "Rethinking assimilation theory for a new era of immigration." *International migration review*: 826-874.
- Alba, Richard und Victor Nee (2009). *Remaking the American mainstream: Assimilation and contemporary immigration*. Harvard University Press.
- Crul, Maurice, Jens Schneider und Frans Lelie (2012). *The European second generation compared: does the integration context matter?* : Amsterdam University Press.
- Dubacher Claudia und Reusser Lena, (Hg.) (2012). Familiennachzug und das Recht auf Familienleben, Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht.
- Efionayi-Mäder, Denise (2011). "Mesures d'intégration destinées aux titulaires d'admissions provisoires dans le canton de Vaud." *Asile revue pour le droit et la pratique d'asile*, (01-2011).
- Efionayi-Mäder, Denise et al. (2009). *Mesures d'intégration pour les titulaires d'admission provisoire dans le canton de Vaud*. Neuchâtel SFM.
- Efionayi-Mäder, Denise und Didier Ruedin (2014). *Aufenthaltsverläufe vorläufig Aufgenommener in der Schweiz - Datenanalyse im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen* Neuchâtel: SFM.
- Kalbermatter, Jacqueline (2012). „*Ich laufe auf der Strasse richtig, ich fahre richtig, ich schlafe richtig, ich esse richtig, alles wie ein Schweizer*“. Freiburg: Universität Freiburg i. Ue. Departement für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit
- Ruedin, Didier und Denise Efionayi-Mäder (2014). "Wenn aus vorläufig endgültig wird." *Terra Cognita*, 2014: 102-104.
- Spadarotto, Claudio et al. (2014). *Erwerbsbeteiligung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt*. Zürich Basel: KeK CdC und B.S.S.
- UNHCR, Büro für die Schweiz und Liechtenstein (2014). *Arbeitsmarktintegration - Die Sicht der Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen in der Schweiz*. Genf: UNHCR.
- Wanner, Philippe, Hg. (2013). *La démographie des étrangers en Suisse*. Zürich: Seismo.
- Wanner, Philippe (2014). *Une Suisse à 10 millions d'habitants: enjeux et débats*. Presses polytechniques et universitaires romandes.
- Wichmann, Nicole et al., (2011). Gestaltungsspielräume im Föderalismus: Die Migrationspolitik in den Kantonen, Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen.